

## EU-Strukturpolitik 2007+ – kein wirklicher Aufbruch zu neuen Ufern!

Liebe Leserinnen und Leser,

die Autoren des vorliegenden Schwerpunkt-  
heftes „EU-Strukturpolitik 2007+“ beleuchten die  
verschiedenen Facetten der gerade angelaufenen  
Förderperiode 2007–2013, die immerhin mit einem  
Finanzvolumen von 350 Mrd. € ausgestattet ist. Da-  
von werden insbesondere auch die neuen Beitritts-  
staaten profitieren. Die neue Förderperiode firmiert  
unter drei Prioritäten:

- Förderung von Wachstum und Beschäftigung in  
den Regionen, die in Europa als entwicklungs-  
schwach eingestuft werden; maßgeblich ist hier  
das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen. In  
diesem Schwerpunkt dominiert das regionale  
Ausgleichsanliegen: schwache Regionen sollen  
aufholen.
- Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Be-  
schäftigung in Regionen, die nicht zu den am  
wenigsten entwickelten in der EU zählen, damit  
diese industriellen, städtischen und ländlichen  
Gebiete ihren Strukturwandel erfolgreich voran-  
treiben können. Neu ist allerdings, dass die hier  
verfügbaren Mittel auch auf entwicklungsstarke  
Gebiete der Mitgliedstaaten konzentriert und das  
gesamtwirtschaftliche Wachstum stimuliert wer-  
den können.
- Förderung der territorialen Zusammenarbeit von  
benachbarten Regionen.

Verglichen mit früheren Förderperioden ist ins-  
besondere neu, dass den Mitgliedstaaten Optionen  
eröffnet werden, auch außerhalb entwicklungs-  
schwacher Fördergebiete zu intervenieren. Dies  
spiegelt den Einfluss der Beschlüsse des Staats- und  
Regierungstreffens in Lissabon 2000 wider, die da-  
rauf zielen, Europa weltweit zum wettbewerbs-  
fähigsten, dynamischsten wissensbasierten Raum  
zu entwickeln. Damit unternimmt die EU-Struktur-  
politik einen Spagat, denn Wachstum soll einerseits  
ein Instrument für die Förderung entwicklungs-  
schwacher Regionen sein (Kohäsionsanliegen), an-  
dererseits soll gesamtwirtschaftliches Wachstum sti-  
muliert werden. Auf der Ebene der Mitgliedstaaten  
setzt sich dies fort, und der neu geschaffene „Natio-  
nale Strategische Rahmenplan“ zur Koordination  
der EU-Strukturpolitik in den Mitgliedstaaten ist  
zumindest ein begrüßenswerter Anstoß, um mehr  
Kohärenz und strategische Klarheit in die Struktur-  
politik zu bringen. Ob allerdings die wachstums-  
starken Räume zusätzlicher finanzieller Förderung

vonseiten der EU bedürfen, kann sicherlich in  
Zweifel gezogen werden. Es bleibt jedoch dabei,  
dass das Gros der finanziellen Mittel beim Kohä-  
sionsanliegen verbleibt.

Ebenfalls im Vergleich zu früheren Förderperio-  
den ist hervorzuheben, dass sowohl in Hinblick auf  
entwicklungsschwache als auch auf die übrigen  
Gebiete die Förderung von Innovationen sowie  
deren Diffusion eine herausgehobene Position  
einnimmt. Dabei verfolgt die Strukturpolitik nicht  
eine bestimmte Technologieorientierung, sondern  
Regionen sollen vor dem Hintergrund ihrer Stärken  
und Schwächen konkrete Programme entwickeln,  
um aufzuholen (Kohäsion) oder über Innovations-  
stimulierung das gesamtwirtschaftliche Wachstum  
anzukurbeln. Damit wird insbesondere für die neu-  
en Mitgliedstaaten der Aufbau eines öffentlichen  
und privaten Kapitalstocks nicht in Frage gestellt,  
aber es wird klarer in das Bewusstsein gerückt,  
dass Gewerbetächen, Straßen und Gebäude nicht  
Motor, sondern Voraussetzung für wirtschaftliche  
Entwicklung sind. Die treibenden Kräfte für Ent-  
wicklung sind hingegen die Adaption von Ideen, die  
Entwicklung neuer Produkte und Verfahren, die von  
innovativen Unternehmen getragen werden. Diese  
sollten deshalb auch stimuliert und durch ein ent-  
sprechendes Umfeld mobilisiert werden.

Die Finanzierung der Strukturpolitik beruht auch  
in dieser Förderperiode maßgeblich auf drei In-  
strumenten, und zwar dem „Europäischen Fonds  
für Regionalentwicklung“ (ERDF), dem „Europä-  
ischen Sozialfonds“ (ESF) sowie dem neu geschaf-  
fenen „Europäischen Landwirtschaftsfonds für die  
Entwicklung des ländlichen Raums“ (ELER). Der  
ERDF finanziert vor allem private und öffentliche  
Investitionen sowie Innovations-, Gründungs- und  
Technologieförderung. Der ESF ist im starken Maße  
arbeitsmarktorientiert und auf die Qualifizierung  
der Arbeitsanbieter sowie Stimulierung der Arbeits-  
nachfrage ausgerichtet. Die Konzeption des ELER  
ergibt sich vor dem Hintergrund der Neuausrich-  
tung der Gemeinsamen Agrarpolitik in ländlichen  
Räumen. Er zielt darauf ab, die

- Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft zu steigern,
- Umwelt durch die Förderung des Landmanagements sowie die Lebensqualität im ländlichen Raum zu verbessern und die
- Diversifizierung zu fördern.

Somit bleibt es auch in Zukunft bei einer stark auf den Sektor „Land- und Forstwirtschaft“ ausgerichteten Förderung. Es gilt abzuwarten, ob es tatsächlich zu einer Regionalpolitik für den ländlichen Raum kommt oder ob weiterhin regionalisierte Sektoralpolitik für den Agrarsektor dominiert. Zudem geht – mehr noch als in der vergangenen Förderperiode – die Politik für ländliche Räume eigene Wege, denn nur der EFRE, der ESF und der Kohäsionsfonds werden explizit im Rahmen einer fondsübergreifenden EU-Verordnung auf die drei genannten generellen Prioritäten ausgerichtet. Der ELER muss sich zwar in den Nationalen Strategischen Rahmenplan einordnen und mit ihm kohärent sein, aber er bleibt dennoch in die langfristigen Ziele der Strukturfonds weniger eingebunden. Dies schwächt eine integrierte Kohäsionspolitik und begünstigt eine Mittelverwendung, die nicht strikt an den drei Prioritäten ausgerichtet ist. Eine Regionalpolitik „unter einem Dach“ bleibt auf der Strecke und die Bemühungen um Regionalentwicklung im ländlichen Raum und dem Rest der Welt laufen auch in Zukunft getrennt voneinander, obwohl dies weniger sachlich, sondern eher vor dem Hintergrund spezifischer Gruppeninteressen sinnvoll erscheint.

Neu ist schließlich auch das dritte Strukturfondsziel, die europäische territoriale Zusammenarbeit. Die bisher im Rahmen der bisherigen Gemeinschaftsinitiative INTERREG III geförderte transnationale und interregionale Zusammenarbeit wurde in die Strukturpolitik integriert. Es geht somit nicht mehr nur darum, die regionalen und lokalen Vorteile der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu berücksichtigen und die Hindernisse für Kooperation zu beseitigen, sondern es gilt zudem bei der interregionalen Kooperation die übrigen übergeordneten Ziele Wachstum und Beschäftigung sowie Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung im Auge zu behalten.

Fasst man zusammen, halten sich die Neuerungen im Guten wie im Schlechten in Grenzen, was vermutlich auch für die zu erwartenden Ergebnisse der EU-Strukturpolitik gilt. ■

Ihr

Helmut Kurz

Prof. Dr. Helmut Karl hatte die wissenschaftliche Moderation für dieses Schwerpunktheft inne. Er ist Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftspolitik an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum und Vorsitzender des Ruhr-Forschungsinstituts für Innovations- und Strukturpolitik (RUFIS).

Ihm unser herzlicher Dank!

Die Herausgeber